



An den Vorsitzenden der CDU-Fraktion
Herrn Dr. Christian von Boetticher, MdL

An den Vorsitzenden der SPD-Fraktion
Herrn Dr. Ralf Stegner, MdL

An den Vorsitzenden der FDP-Fraktion
Herrn Wolfgang Kubicki, MdL

An den Vorsitzenden der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herrn Dr. Robert Habeck, MdL

An die Vorsitzende der Fraktion
DIE LINKE
Frau Ellen Streitbürger, MdL

An die Vorsitzende des SSW im Landtag
Frau Anke Spoorendonk, MdL

Herrn
Ministerpräsidenten Carstensen
Düsternbrooker Weg 104
24103 Kiel

im Hause

nachrichtlich
Parlamentarische Geschäftsführungen

im Hause

8. Tagung des Landtages Anträge für eine „Fragestunde“

Sehr geehrte Damen und Herren,

Für die Fragestunde der nächsten Tagung des Landtages sind bis zum Einsende-
schluss die folgenden Fragen eingegangen:

1. Abgeordneter Wolfgang Baasch:

„Treffen Presseberichte zu, dass in einem internen Papier des Wissen-
schaftsministeriums die Erwartung geäußert wird, dass die Universität Lü-
beck ohne die Mediziner Ausbildung nicht überlebensfähig sei und dass die
Fraunhofer-Projektgruppe ihre Tätigkeit in diesem Falle nicht fortführen
könne?“

**Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:**

**Mein Zeichen: L204
Meine Nachricht vom:**

Bearbeiter/in: Heiko Voß

**Telefon (0431) 988-1022
Telefax (0431) 988-1037
parlamentsdienst@landtag.ltsh.de**

11. Juni 2010

2. Abgeordneter Martin Habersaat:

„Treffen Presseberichte zu, dass die Entscheidung der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, die Mediziner Ausbildung an der Universität Lübeck nicht fortzuführen, maßgeblich von den besseren Veräußerungsmöglichkeiten des UKSH-Campus Lübeck beeinflusst wurde? Falls nicht, welche Gründe waren dann ausschlaggebend?“

3. Abgeordnete Birgit Herdejürgen:

„Worauf gründet sich die Aussage der „Haushaltsstrukturkommission“, dass von der Reduzierung der Universität Lübeck auf die Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät sogar eine Profilstärkung durch die Verbindung mit dem geplanten Fraunhofer-Institut für Marine Biotechnologie zu erwarten sei?“

4. Abgeordneter Thomas Rother:

„Welche durch das Land und den Hochschulstandort Lübeck zu schaffenden Voraussetzungen werden seitens der Fraunhofer-Gesellschaft an die Weiterentwicklung der bestehenden Fraunhofer-Einrichtung für Marine Biotechnologie (EMB) zu einem Fraunhofer-Institut geknüpft?“

5. Abgeordneter Rasmus Andresen:

„Welche von der Universität Lübeck oder dem Universitätsrat Schleswig-Holstein eingebrachten Spar- und Strukturvorschläge zur Konsolidierung des Landeshaushaltes und der Neuordnung der Hochschullandschaft, insbesondere im Bezug auf die Universitäts- und Medizinstandorte Lübeck und Kiel, wurden durch das Wissenschaftsministerium verworfen bzw. abgelehnt und aus welchen Gründen?“

6. Abgeordnete Dr. Marret Bohn:

„Welche konkreten Auswirkungen wird der Beschluss der Haushaltsstrukturkommission zur Universität Lübeck auf die Krankenversorgung im stationären Bereich in Schleswig-Holstein haben und welche Pläne hat die Landesregierung für den Teil der medizinischen Maximalversorgung, der bisher am Standort Lübeck geleistet wird?“

7. Abgeordneter Thorsten Fürter:

„Welche Rolle haben im Entscheidungsprozess, der dazu führte das Medizin-Studium an der Universität Lübeck zu kappen, Gesichtspunkte der Leistung und der fachlichen Exzellenz gespielt, wie sie in Hochschulrankings und Einschätzungen von Fachverbänden zum Ausdruck kommen und welche Rolle spielte dabei die eigene akademische Laufbahn der Entscheidungsträger?“

8. Abgeordnete Anke Erdmann:

„Welche Auswirkungen hätte der geplante Abbau von gut 1450 Medizinstudiengängen in Lübeck auf die Verpflichtung Schleswig-Holsteins, im Rahmen des Hochschulpaktes II zusätzliche Kapazitäten für 9.700 Studienanfänger bis 2018 zu schaffen?“

9. Abgeordnete Ines Strehlau:

„Bedeutet der Beschluss der Haushaltsstrukturkommission zur Universität Lübeck, dass die aktuell gültigen Zielvereinbarungen durch die Landesregierung gekündigt werden sollen?“

10. Abgeordnete Marlies Fritzen:

„Hat die Landesregierung berücksichtigt, welche konkreten Auswirkungen eine Streichung der Medizinstudiengänge an der Universität Lübeck auf die laufenden und zukünftigen Drittmittel finanzierten Projekte am Standort Lübeck haben wird und zu welchem Ergebnis ist sie gekommen?“

11. Abgeordneter Dr. Robert Habeck:

„War dem Ministerpräsidenten zu dem Zeitpunkt an dem sich die Landesregierung die Vorschläge der Haushaltsstrukturkommission zu eigen machte, die Risikoanalyse zu den Folgen der Streichung der Medizinstudiengänge an der Universität zu Lübeck bekannt?“

12. Abgeordneter Dr. Andreas Tietze:

„Welche Zusagen seitens der Landesregierung oder verantwortlicher PolitikerInnen hat es in den 1980er Jahren gegeben, die dazu führten, dass das Land Schleswig-Holstein sich bei den Universitätsklinika Kiel und Lübeck im Rahmen der Zuschüsse für Forschung und Lehre auch an den Trägerkosten beteiligt – welche zu überproportional hohen Kosten für die Medizinstudienplätze führten - und auf welcher rechtlichen Grundlage werden diese Trägerkostenzuschüsse bis heute geleistet?“

13. Abgeordnete Monika Heinold:

„Trifft es zu, dass die Kosten pro Medizinstudienplatz in Schleswig-Holstein vor allem aufgrund der niedrigen Basisfallwerte überdurchschnittlich hoch sind und hat es bei den Verhandlungen über die Basisfallwerte eine Absprache gegeben, dass Schleswig-Holstein im Gegenzug zur zeitlichen Streckung der Konvergenzphase an anderer Stelle eine finanzielle Entlastung vom Bund erhält?“

14. Abgeordneter Uli Schippels:

„Teilt die Landesregierung die Befürchtung der IHK zu Lübeck, dass die Umsetzung des Beschlusses der Haushaltsstrukturkommission in Bezug auf die Lübecker Universität unmittelbare Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung für die gesamte Region haben wird.“

15. Abgeordneter Björn Thoroë:

„Hat die Landesregierung bei ihrer Entscheidung, die medizinische Fakultät an der Universität Lübeck zu schließen, die Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung, die Ansiedlung von Firmen und die Kaufkraft in der Hansestadt Lübeck berücksichtigt? Wenn ja, wie?“

Ich bitte um Kenntnisnahme bzw. Vorbereitung der mündlichen Beantwortung.